

Demokratie braucht unser aller Mittun – Aufruf des Bundeshauptausschusses zum Schutz von Freiheit und Demokratie

Aus Anlass des diesjährigen Bundeshauptausschusses ruft das Kolpingwerk Deutschland weiter zu mutigem und entschlossenem Handeln für Freiheit und Demokratie auf. Der 9. November ist ein besonderes Datum in der deutschen Geschichte, das daran erinnert, dass das Recht auf gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie sind das Ergebnis harter Auseinandersetzungen und müssen durch aktives Eintreten aller Bürger*innen bewahrt und weiterentwickelt werden. Angesichts zunehmender extremistischer Tendenzen in Europa ist dies umso deutlicher in Erinnerung zu rufen.

Der 9. November ist ein Datum, dessen Ereignisse und Auswirkungen weit über die eigenen Grenzen gewirkt haben. Vom Scheitern der Märzrevolution im Jahr 1848 über das Ausrufen der ersten deutschen Republik 1918, den gescheiterten Hitler- Putsch 1923, die Reichspogromnacht 1938 und den Fall der Berliner Mauer 1989 – deutsche und europäische Geschichte lagen am 9. November häufig eng beieinander und sind bis heute nicht voneinander zu trennen.

Mit dem 9. November 1989 werden in Europa Schlagworte wie Friedliche Revolution, Demokratisierung, Befreiung und Grenzöffnung verbunden. 35 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich allerdings nicht alle Erwartungen erfüllt, die mit der Einkehr von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Mitte Europas einhergingen. Im Gegenteil wird die Demokratie als Herrschaftsform vom und für das Volk teils deutlich herausgefordert, teils sogar offen infrage gestellt. Dies zeigt sich im Agieren populistischer Regierungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, rechtsstaatliche Grundsätze, wie die Unabhängigkeit von Justiz und Medien zu untergraben.

Nationalismus gefährdet Demokratie

Das Erstarken nationalistischer bis rechtsextremer Strömungen bei den zurückliegenden Europa-Wahlen unterstreicht diese beunruhigende Entwicklung auf dramatische Weise. Mit Sorge wird wahrgenommen, dass mittlerweile in nahezu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nationalistische und extremistische Bewegungen erstarkt sind - vom französischen Rassemblement National, den italienischen Fratelli d' Italia über den ungarischen Fidesz und der schwedischen Sverigedemokraterna bis zur Alternative für Deutschland.

Teils unverhohlen, häufig aber geschickt kaschiert, machen sie sich auf den Weg, die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit infrage zu stellen und sie in Regierungsverantwortung schleichend außer Kraft zu setzen. Nationalistische Bewegungen missbrauchen teils berechnete Ängste und Sorgen, um die Demokratie zu beschädigen. Ängste und Sorgen sind das Ergebnis verschiedener Ursachen, die beispielsweise von den Auswirkungen eines zunehmenden Stadt-Land-Gefälles über Defizite in der flächendeckenden Gesundheitsversorgung sowie Mängeln im Bildungssystem bis hin zu den Folgen umweltpolitischer Maßnahmen und migrationspolitischer Entscheidungen reichen.

Insbesondere Fragen von Migration und Integration werden auf Basis althergebrachter Stereotypen instrumentalisiert. So machen es sich rechtspopulistische Parteien zum Ziel, Teile der Gesellschaft zu Gunsten nationalistischer Parolen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Ein Blick auf die Ereignisse des 9. November 1938 mahnt auf dramatische Weise dazu, unmissverständlich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Position zu beziehen, bevor Extremismus weiter in menschenverachtende Gewalt umschlägt.

Auch wirken nationalistische Bewegungen dem Anliegen all jener entgegen, die im Vorfeld des 9. November 1989 für Freiheit und Demokratie eintraten. Mit ihren nationalistischen und europafeindlichen Parolen greifen sie das größte Friedensprojekt der Nachkriegszeit, die Europäische Union, offen an und stellen demokratische sowie rechtsstaatliche Standards zunehmend in Frage. Damit wird das Begleitmotiv der friedlichen Revolution im Herbst 1989 – die Rückkehr nach Europa – ad absurdum geführt. Der Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes will sich mit dem diesjährigen Tagungsort Trier dieser Entwicklung ausdrücklich entgegenstellen. Die Stadt Trier ist tief verwurzelt in der europäischen Geschichte und ein beliebter Begegnungsort für Menschen aus ganz Europa.

Demokratie braucht Engagement

Demokratie lebt nicht nur vom Engagement für und in demokratischen Parteien, sondern vor allem auch von einer starken Zivilgesellschaft. Vereine und Verbände als Teil dieser Zivilgesellschaft sind genauso wie politische Parteien verpflichtet, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Als generationenübergreifender christlicher Sozialverband nimmt das Kolpingwerk mit seinen mehr als 2000 Kolpingsfamilien diese Verantwortung wahr und wirbt unermüdlich für ein freiheitliches und demokratisches Miteinander. Im Rahmen niedrigschwelliger Bildungsarbeit leistet das Kolpingwerk mit seinem Netzwerk für Geflüchtete, das Anfang 2026 zehnjähriges Bestehen feiert, einen Beitrag gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Nach Überzeugung des Kolpingwerkes besteht trotz zunehmender antidemokratischer Tendenzen ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass die Demokratie die einzige Herrschaftsform ist, die Freiheit und rechtsstaatliches Miteinander garantiert. Sie gesteht den Bürger*innen das universelle Recht zu, in freien und geheimen Wahlen über ihre Regierung zu entscheiden. Genauso ermöglicht sie, dass alle Bürger*innen ihre Meinung frei und ohne Repressalien äußern können.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung muss nicht nur mit Worten, sondern auch durch aktives Handeln aller Bürger*innen immer wieder, und hier besonders gegenüber Extremist*innen aus allen politischen und religiösen Richtungen, verteidigt werden. Dieses mutige Engagement kann schon im persönlichen Umfeld beginnen, wenn es darum geht, Klischees, Stammtischparolen oder Hass mit Fakten und einer klaren Haltung entgegenzutreten. Hier sollte Jede und Jeder einen Beitrag leisten.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr ruft das Kolpingwerk alle Mitbürger*innen zu einem klaren Bekenntnis für die Demokratie und den Rechtsstaat auf. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch und setzen ein klares Zeichen gegen Hass und Hetze! Nur auf Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann es dauerhaften Frieden zwischen Menschen und Nationen geben.

*Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes Deutschland
Trier, den 9. November 2024*